

■ Straftaten gegen Geflüchtete

Ein Spiegelbild

Von Ulla Jelpke

Wenn es um feierliche Beteuerungen geht, wie wichtig der Kampf gegen rassistische Gewalt ist, sind die herrschenden Politiker in Deutschland stark. Der Alltag sieht jedoch anders aus: 1.606 Straftaten gegen Flüchtlinge wurden im vergangenen Jahr verzeichnet. Da erfahrungsgemäß noch mit Nachmeldungen zu rechnen ist, sind die Zahlen im Vergleich zu 2019 (damals waren es 1.621) sogar noch gestiegen. Der Rassismus in Deutschland kennt keinen Lock-down.

Das bedeutet: Jeden Tag kommt es vier bis fünf Mal zu einer rechten Straftat gegen Flüchtlinge. Unter den Straftaten waren letztes Jahr 246 Gewaltdelikte, über 200 Menschen wurden verletzt. Wie bedrohlich die faschistische Gefahr in Deutschland ist, zeigt sich auch daran, dass Beleidigungen, Hakenkreuzschmierereien usw. beinahe schon als Delikte erscheinen, die nicht »so schlimm« sind, weil sie Gesundheit oder Leben der Flüchtlinge nicht unmittelbar gefährden. Mittelbar aber schon – rechte Gewalt wird durch eine rassistische Grundstimmung angefeuert und ist potentiell tödlich, wie uns am Jahrestag des Terroranschlags von Hanau am 19. Februar eindrücklich ins Gedächtnis gerufen wurde.

Diese Verbrechen sind wohlgekannt nur diejenigen, die offiziell als politisch motiviert gewertet werden. Rassistische Polizeigewalt – für die rassistische Grundstimmung in der Gesellschaft nicht unerheblich – fällt natürlich nicht darunter. Doch Racial Profiling ist in Deutschland ebenso Alltag

wie Straftaten von Neonazis, und wird durch einschlägige Polizeigesetze regelrecht angeordnet. Außerhalb Deutschlands agieren die deutschen Staatsorgane noch unverblümt. Nicht nur, indem Deutschland maßgeblich die Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen betreibt, die zu Tausenden Ertrunkenen im Mittelmeer führt. Das Retten bleibt zivilen Organisationen überlassen, wie dem Seenotrettungsschiff »Sea-Watch 3«. Das hat in den letzten Tagen Hunderte von Schiffbrüchigen aus dem Wasser geholt. Kein einziges Mal hat es dabei Hilfestellung der italienischen, maltesischen oder einer anderen Küstenwache erhalten, die sehr wohl informiert waren, aber lieber untätig aus der Distanz zusahen. Jetzt liegt die Sea-Watch, mit 363 Schutzsuchenden an Bord, vor Anker und muss, wie jedesmal, regelrecht darum betteln, irgendwo anlanden zu dürfen. Dabei droht die erneute Beschlagnehmung des Schiffes und die Kriminalisierung der Besatzung als angebliche Schleuser. Die Bundesregierung könnte durch eine klare Aufnahmebereitschaft helfen, aber »einseitige« Maßnahmen lehnt der Bundesinnenminister ja bekanntlich ab, und einig ist sich die EU nur darin, abzuwarten, zu schikanieren und abzuschrecken. Insofern ist die rassistische Gewalt im Inneren nur das Spiegelbild der rassistischen Staatsgewalt im Äußeren. Krokodilstränen von Regierungspolitikern helfen da nicht.

■ Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin von Die Linke im Bundestag

■ Problemlöser des Tages

Sachsen-Anhalts Wölfe



Sachsen-Anhalt hat ein Problem: Wald und Wiese sind überbevölkert. Zwar nicht mit Menschen – das Land ist nur halb so dicht besiedelt wie Deutschland im Schnitt – dafür mit Tieren. Konkret das Schalenwild (Paarhufer) ist dem Landesrechnungshof ein Dorn im Auge. Denn Wildschwein und Reh verursachen einen enormen Flurschaden. 74 Millionen Euro sind es allein auf den staatlichen Jagdflächen – und die machen gerade einmal acht Prozent aller Jägerreviere aus.

Zwar sind die 8.600 Jäger im Land fleißig. In der vergangenen Saison brachten sie 102.000 Schalenwildtiere zur Strecke, darunter allein 46.000 Wildschweine. Außerdem erfreuten sich 28.000 Waschbären,

19.200 Füchse und 9.000 Nutrias einer zweifelhaften Beliebtheit bei den Jagdgesellschaften. Aber all diese Abschussquoten sind noch zu gering für eine optimale kapitalistische Ausschachtung der ländlichen Wirtschaftszone. Holt sich am Ende das Wild den Wald zurück?

Hoffnung kommt dieser Tage vom Landesamt für Umweltschutz, das neuen Zuwachs unter den Wölfen im Land vermeldet. Demnach halten sich aktuell 134 dieser Raubtiere vornehmlich in der Altmark und rund um Wittenberg auf. Zwanzig weitere Wölfe pendeln zwischen Sachsen-Anhalt und den Nachbarländern. Ihre Nahrung besteht zu über 90 Prozent aus Schalenwildern, wie das Landesverwaltungsamt mitteilt. Könnten also die Wölfe den Job der Jäger übernehmen und endlich für klare Verhältnisse im Wald sorgen? Überlegungen in diese Richtung scheitern aktuell noch am Landesjagdverband, der die Konkurrenz nur auf stillgelegten Truppenübungsplätzen dulden will. Die Wölfe schaffen derweil Tatsachen, indem sie den Harz besiedeln. Der Druck auf die Rehe erhöht sich – zur Freude des Landesrechnungshofs.

Bernhard Spring

»Finanziell profitiert sie von der Bundeswehr«

Deutsche Bahn erteilt Plakaten für Kampagne gegen Präsenz der Truppe in Schulen Absage. Ein Gespräch mit Kerstin Deibert

Die Deutsche Bahn lehnt es ab, in Bahnhöfen Plakate aufhängen zu lassen, die sich kritisch mit der Bundeswehrpräsenz an Schulen auseinandersetzen. Im Schreiben an die hiermit beauftragte Firma Ströer begründete die Bahn, dass sie »ihre Neutralität wahren« wolle. Sind Ihre Plakate so provokativ?

Keineswegs. Die Zielrichtung ist, die Friedensbildung an Schulen auszubauen. Dabei geht es um die Frage, wie friedliches Zusammenleben hier und weltweit gut funktionieren kann. Wir kritisieren, dass in den Schulen ständig Jugendoffiziere und Karriereberaterinnen unterwegs sind, die Minderjährige für den Dienst in der Bundeswehr anwerben. Die Slogans auf unseren Plakaten: »Krieg war gestern. Heute erklären wir Frieden« und »Bildung ist die beste Verteidigung«.

Die Bahn akzeptiert weder Ihre Plakate noch Werbung der jungen Welt – dafür aber die der Bundeswehr-Kampagne »Mach, was wirklich zählt«. Wie ist zu erklären, dass die Bahn mit der Bundeswehr offenbar so verhandelt ist?

Über die Gründe dafür können wir nur mutmaßen. Bei dem Unternehmen herrscht nur wenig Transparenz, es muss für mehr Offenheit sorgen. Finanziell profitiert es von der Bundeswehr. Zum Beispiel durch ein Abkommen zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und der Deutschen Bahn, dass Soldatinnen und Soldaten in Uniform kostenfrei in den Zügen fahren können. Das gilt übrigens für junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr nicht.

Sie haben die Bahn am 10. Februar schriftlich aufgefordert, ihre Entscheidung zu revidieren, und auch



IBNS/VOX/LE

Kerstin Deibert ist Referentin der Organisation »Ohne Rüstung leben«, die sich am Bündnis »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« in Baden-Württemberg beteiligt

Bundestagsabgeordnete mit einer Erklärung dazu angeschrieben. Gab es darauf schon Reaktionen?

Bislang hat noch niemand darauf geantwortet. Wir erleben aber immer wieder, dass uns Menschen kontaktieren, weil sie sich über die Plakate der Bundeswehr empören, die in den Bahnhöfen aushängen. Unsere Sorge ist, dass so der angelegte Beruf des Bundeswehrosoldaten normalisiert werden soll. Das ist aber kein Beruf wie jeder andere und die Bundeswehr auch kein normaler Arbeitgeber. Diese Ausbildung lehrt das Töten. Jungen und Mädchen sollen schon mit 17 Jahren zur Bundeswehr, können aber in dem Alter möglicherweise noch gar nicht ermesen, was das bedeutet. Zudem machen sie dort das gleiche militärische Training wie Erwachsene. Es gibt kein Jugendarbeitsschutzgesetz, keine besonderen Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Belästigung oder Missbrauch. Die Skandalliste bei der

Bundeswehr ist lang, bis hin zu Machtmissbrauch und rechtsextremen Vorfällen. Dazu gibt es kritische Stimmen in der Bevölkerung. Jugendliche und Eltern ärgern sich, dass sie ungefragt Werbung per Post von der Bundeswehr erhalten – und sind verwundert, wo die Bundeswehr ihre Adressen her hat. Die Einwohnermeldeämter geben die weiter, dem kann man aber widersprechen. Die Kampagne »Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr« fordert, das Rekrutierungsalter für den Militärdienst anzuhängen und ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen.

Welche Motivation ist dahinter zu vermuten, wenn die Bundeswehr mit ihrer Kampagne mit großflächigen Plakaten in Bahn-, S- und U-Bahnhöfen bundesweit immer aggressiver wirbt?

Sie gibt 30 Millionen Euro für ihre Öffentlichkeitskampagne pro Jahr aus. Denn die Bundeswehr hat Nachwuchsprobleme, sie kann viele ihrer offenen Stellen nicht besetzen.

Plant Ihr Bündnis von Friedensorganisationen, Gewerkschaften und kirchlichen Gruppen die Kampagne auch mit Blick auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 14. März?

Es geht darum, die Friedensbildung stärker zu institutionalisieren. Wir werden unsere Plakate vom 5. bis 15. März aushängen und die Aufmerksamkeit für unsere Forderungen an alle politischen demokratischen Parteien nutzen: Wir fordern eine entsprechende Professur hierfür an Universitäten. Bei der Servicestelle Friedensbildung in Baden-Württemberg müssen Personal und Finanzen aufgestockt werden.

Interview: Gitta Düperthal

■ Abgeschrieben

■ Das Netzwerk ATTAC hat Verfassungsklage gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Dazu erklärte Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der Fraktion von Die Linke im Hessischen Landtag, am Dienstag: ATTAC sieht sich mittlerweile gezwungen, den Kampf um die Gemeinnützigkeit bis nach Karlsruhe zu tragen. Damit geht eine juristische Auseinandersetzung in die entscheidende juristische Runde, die im Frankfurter Finanzamt 2014 ihren Anfang nahm. Wir hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht klarstellt, dass die Absicht, auf die Meinungsbildung des Volkes Einfluss zu nehmen, kein expliziter Grund sein kann, um eine Gemeinnützigkeit auszuschließen.

Es kann nicht sein, dass zum Beispiel die Gesellschaft für Wehrtechnik oder die neoliberale Bertelsmann-Stiftung gemeinnützig sind, es aber einem Bündnis wie ATTAC verwehrt bleibt, das seit 20 Jahren wichtige gesellschaftliche und politische Arbeit leistet. Egal wie die juristische Auseinandersetzung ausgeht, politisch ist klar: Der Einsatz für eine gerechte Welt ist gemeinnützig.

■ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat nach der Absage der Bundesregierung ihre Forderung nach einer zweiten »Coronanova« des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) am Dienstag bekräftigt: »Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden auch im kommenden Semester mit Beeinträchtigungen zu kämpfen haben: Archive und Bibliotheken sind geschlossen, Forschungsreisen werden abgesagt, Onlinelehre und Kinderbetreuung im Homeoffice sorgen für zusätzliche Belastungen. Zeitverträge müssen auch nach dem 31. März verlängert werden können, um Forschungsprojekte und wissenschaftliche Qualifizierungen trotz pandemiebedingter Verzögerungen abzuschließen. Wir brauchen eine zweite »Coronanova« des WissZeitVG, die die entstandenen Nachteile ausgleicht«, sagte Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender, in Frankfurt am Main.

■ Die Basisdemokratische Linke (BL) hat am Dienstag dazu aufgerufen, am 8. März, dem internationalen Frauentag, ein Zeichen gegen sexualisierte Gewalt zu setzen: Häusliche Gewalt und Femizide ha-

ben während Corona zugenommen: Zu Hause bleiben bedeutet für viele Frauen viel zu oft, nicht in Sicherheit zu sein. Diese Gewalt ist nichts Privates, sondern ein direkter Ausdruck der Unterdrückung von Frauen im Patriarchat. »Der Begriff »Häusliche Gewalt« täuscht über die strukturelle Problematik hinweg«, erklärt Lena Rademacher, Sprecherin der BL. »Es geht hier nicht um individuelle Schicksale – es geht um uns alle und um die Gewalt, unter der wir alltäglich leiden.«

Da dieses Jahr aus Sicherheitsgründen nicht demonstriert werden kann, lädt die BL dazu ein, an einer Protestaktion in der Göttinger Innenstadt teilzunehmen. Bei der Aktion sind alle dazu aufgerufen, ab 14 Uhr Schuhe in roter Farbe am Gänselesee abzustellen – diese sollen symbolisch für die Betroffenen von patriarchaler Gewalt stehen. So kann gemeinsam die Solidarität mit den Betroffenen und die Wut auf die Täter und das patriarchale System in die Öffentlichkeit getragen werden. »Die Aktionsidee ist eigentlich eine international wandernde Kunstinstallation von Elina Chauvet aus Ciudad Juárez in Mexiko«, erklärt Rademacher. »Ihre Installation heißt »Zapatos Rojos«, was »rote Schuhe« bedeutet.« (...)